Bibliographische Notizen.

Von Dr. Ernst Rosenfeld.

Hergenroth, Th. Das Reichsgesetz, betreffend die Kommandit-Gesellschaften auf Aktien und die Aktien-Gesellschaften, vom 18. Juli 1884. Mit einer Einleitung über die Entwicklung des Aktienrechtes und die Ergebnisse des Gesetzes. Berlin 1891, Otto Liebmann. LVI, 286 S. Preis geb. 8,50 Mk.

Die besonders wertvolle Einleitung giebt in knappster Form die geschichtliche Entwicklung des Aktienwesens. Es folgt in wenigen markanten Zügen eine Kennzeichnung des Alg. H. G. B., sowie der Novelle von 1870, deren Übelstände Verf. mit kräftigen Strichen schildert. Alles dieses ist auch für den Nichtjuristen berechnet. Besonders dankenswert ist die interessante statistische Zusammenstellung über die Gründungen und Liquidationen usw. vor und nach 1884 und die legislativpolitische Betrachtung.

Im Kommentar selbst hat Verf. einen Mittelweg, wie er sagt, eingeschlagen zwischen großen Bearbeitungen und Textausgaben mit Anmerkungen. Das Hauptgewicht ist auf die Aktiengesellschaft gelegt; die Erläuterungen bei der Kommandit-Aktiengesellschaft sind nur kurz, bei jener dagegen erschöpfend. Alles dies ist geschehen mit Rücksicht auf die Kreise des wirtschaftlichen Lebens, welche selbst an Aktienunternehmungen beteiligt sind. Aber nicht bloß von diesen, sondern auch vom praktischen Juristen wird das Buch mit Erfolg benutzt werden, wozu das den Inhalt jedes Artikels kurz angegebende Inhaltsverzeichnis und die rascheste Orientierung ermöglichenden Artikelzahlen am Kopf und Rande jeder Seite beitragen.

Hinsichtlich des Tit. 4 „Strafbestimmungen“ sei bemerkt, daß Verf. 3 Gruppen strafbarer Handlungen hier vorfindet. Es seien unter Strafe gestellt: a) einzelne Momente aus dem Tatbestande des Betrugs (betrügerische Manöver) in Art. 249a, 249d, Ziff. 1 und 2; b) Pflichtwidrigkeiten besonders verantwortlicher Personen (an Untreue angelehnt) in Art. 249, 249b, 249c; c) Fälschung des Mehrheitswillens in der Generalversammlung in Art. 249d Ziff. 3, 249e, 249f.

Rintelen, B. Der Strafprozeß. Systematisch bearbeitet. Berlin 1891, Otto Liebmann. XIX, 518 S. Preis brosch. 12,50 Mk., geb. 13,80 Mk.

Verf. schließt hiermit seine prozeßrechtlichen Werke ab. Das Buch enthält das in Preußen geltende Strafprozeßrecht in systematischer, an den Gesetzeswortlaut

eng angelegelter Fassung, wobei anmerkwürdigerweise die Rechtsprechung des Reichsgerichts in knapper deutlicher Form und nicht ohne Ausstellungen mitgeteilt ist.

Trotzdem die Beziehung im Titel fehlt, ist überall das preussische Landesrecht und lediglich dieses hereingezo-gen. So beispielsweise in § 1, 2 (der „Konflikt“ bei Straftaten öffentlicher Beamten); § 15, 3 (Ausfertigungen, Eingangsformel der Urteile); § 21, 2 (Zuständigkeit der Schöffengerichte); § 22, 4 (angebliche Ausnahme von der freien Beweiswürdigung nach dem pr. Gewerbesteuer-gesetz vom 3. Juli 1876 — nach des Ref. Erachten besteht diese Ausnahme nicht); § 37, 1 (Konkurrenz militärischer Untersuchung); § 40, Eing. (Mitteilung über Anklagen an Militärbehörden); § 41, 1a (Sühneverfuch vor Schiedsmann oder Universitätsrichter bei Privatklagen); § 48, 2cß (Urteilsformel); § 51, 1b. 4a. 6b (Forst-diebstahlsachen: Einrichtung der Verzeichnisse, Inhalt des Strafbefehls, Einspruchs-verfahren); § 53, 1b (Submissionsverfahren bei Gefälsüber-tretungen); § 57 (Schließung politischer Vereine); § 64 (Instanzenzug); § 74, 1 Schluß (Mitteilungen über Urteile an andre Behörden); § 75 (Wegnadigung); § 77, 1b (Vollstreckung der Freiheitsstrafe gegen Kranke, Schwangere, Schulpflichtige, Jugendliche; Aufschubsbewilligung); § 78, 3 (Kontrolle der Strafvollstreckung); § 79, 2a. 3. 5a (Vollstreckungsart bei Freiheitsstrafe. Einziehung von Jagdgeräten. Einziehung von Ehrenzeichen). Außerdem sind besondere Bestimmungen des preuß. Feld- und Forst-Polizei-Gesetzes herangezogen bei Behandlung folgender Punkte: Zurücknahme des Antrags, Buße, Verjährung, Gerichtsstand, Voraussetzungen des Strafbefehls, Eintritt der Rechtskraft, Vertreibung der Geldstrafe, Vollstreckung subsidiärer Haft, subsidiäre Kostenhaftung dritter. Verschiedene dieser Punkte boten auch zur Erwähnung der Rheinschiffahrts- und Elbzollgerichte Veranlassung.

Wir glauben hiernach, daß der preussische Praktiker, insbesondere auch der Amtsrichter, mit Nutzen von dem Buch als Hand- und Nachschlagebuch wird Gebrauch machen können. Will er freilich über eine Streitfrage prüfend sich ein Urteil bilden, so muß er zu einem andern Werke greifen: auf einen wissenschaftlichen Wert macht diese Bearbeitung nach ihrem Vorwort keinen Anspruch. Darum dürfte der Wunsch des Verf., sie als Lehrbuch in den Händen junger Juristen zu sehen, auch kaum in Erfüllung gehen.

Aschrott, P. J. Die Behandlung der verwahrlosten und verbrecherischen Jugend und Vorschläge zur Reform. Berlin 1892, Liebmann. IV, 64 S. Preis 1 Mk.

Das Werkchen ist bereits vor Appellius' Bericht erschienen und aus diesem, wie aus den Verhandlungen der deutschen Landesgruppe der J. R. B. (Berlin, April 1893) bekannt. Die Sprache ist knapp, warm, lebendig; die Darstellung klar und rasch orientierend. Inhaltlich decken sich die Ansichten des Verf. ziemlich mit der in der J. R. B. herrschenden, den Lesern dieser Zeitschrift aus dem Friedeberg'schen Bericht (Z XII 741 ff.) geläufigen Durchschnittsmeinung. Als Aschrott's eigenartiger Standpunkt muß es bezeichnet werden, wenn er die Zwangserziehung als Strafmittel auffaßt (S. 26), wenn er 16 Jahre als oberste Grenze für die Befugnis annimmt, staatlich überwachte Erziehung anzuordnen, wenn er ferner die Voraussetzung strafbarer Handlungen ganz in der Voraussetzung zu Tage getretener Verwahrlosung aufgehen läßt; ebenso sind ihm eigen-tümlich die Anlehnung des Erziehungsamtes an unser Vormundschaftsgericht, die

Einrichtung eines Jugendanwaltes, die teilweise Kostentragung durch den Ortsarmenverband. Teilweise wirkt bei der dem Verf. eigentümlichen Gestaltung seiner Ansicht die Rücksicht auf das von ihm mehrfach angezogene englisch-amerikanische Recht mit.

Die jetzige Stellung des Verf. ist in Einzelheiten modifiziert, wie Z XII 780 ff., 794, 799—803, 806 zeigen.

Bertolotti, Antonino, Direktor des Staatsarchivs in Mantua. *Prigioni e prigionieri in Mantova dal Secolo XIII al secolo XIX*. Roma 1890 (1888), Mantellate, 156 S.

Der Verf. hat seine geschichtlich hochinteressanten archivistischen Studien über die Gefängnisse Mantuas zuerst in der *Rivista di Discipline Carcerarie* veröffentlicht. Er gibt meist den Text der von ihm im Archiv der Familie Gonzaga und im Mantovaniſchen Staatsarchiv durchforſchten Quellen ohne viel verbindende Darstellung. Der kritiſche Forſcher wird mehrfach die genauere Angabe der Quellen vermiſſen, — ein Mangel, den der Verf. S. 2 mit Zeitmangel entſchuldigt. Der Darstellung iſt eine gewiſſe Systemloſigkeit und ein vielfaches Haftenneiben an gerade augenblicklich intereſſierenden, wenn auch fernliegenden und mit dem Zweck der Arbeit nur indirekt verknüpften Gegenständen eigen (Beispiele S. 7, 37, 63, 100).

Auf die Einleitung (I) folgt in II Behandlung des 13. bis 16. Jahrh. und zwar unter der Herrſchaft der Bonacolſi (1303 erſter Rodex des Statutarrechts), die charakteriſiert iſt durch die Verpachtung der Gefängniſſe (die Gefangenen haben für Lebenshaltung, Wohnung und Fesseln zu bezahlen) und den verhältnismäßig geringen Einfluß der biſchöflichen Gerichtsbarkeit. Die Bonacolſi werden geſtützt von den Gonzaga (S. B. 1404), unter denen wir außerordentlich eingehende Edikte über das Gefängnißweſen finden. Zum erſten Mal wird die Trennung der Geſchlechter ſtreng durchgeführt. Die Geſetzgebung ſtößt auf die Aufgabe, den häufiger werdenden Ausbrüchen entgegenzuwirken, ein Bemühen, das noch heute für manche Kapitel der ſüdromaniſchen Geſetzbücher die Grundlage bildet. Höchſt eigentümlich und charakteriſtiſch iſt der unmittelbare Verkehr der Sträflinge mit dem Souverän. In allen ihren Bedürfnissen, wenn ſie unter Hunger oder unter Kälte leiden, wenden die Gefängnißinſaſſen ſich direkt durch Briefe an den Fürſten oder auch die Fürſtin. Gewaltig ſteigert ſich unter dem Schutze der Gonzaga das Eingreifen des Inquiſitions-Tribunals. Mit der Sorge für kranke Gefangene, ſoweit nicht wohlthätige Geſellſchaften (*Consortio di S. Maria della Cornetta*) ſich ihrer annehmen, und mit der Seelſorge ſteht es herzlich ſchlecht. Immerhin haben die Gefängnißeinrichtungen Mantuas unter den zeitgenöſſiſchen eine hohe Stellung eingenommen, da dieſen Prärogativen, wie etwa jene geſchilderte Vertraulichkeit gegenüber dem Landesherrn (*dimestichezza dei carcerati col sovrano*), fremd waren. In die Darstellung des Verf. ſind mehrfache Bemerkungen über Leibſtrafen, unter denen wir auch eine Torturart finden, eingewoben.

Der Abſchnitt III behandelt das 16. Jahrhundert, deſſen Signatur nicht weſentlich anders iſt. Vom J. 1586 haben wir eine kleine, ganz intereſſante Statiſtik (S. 42 f.). Den über alles Maß ausgedehnten Übergreifen der Inquiſition ſuchen die Herrſcher erſt vergebens entgegenzutreten, dann gewinnen ſie mehr

Autorität. Unter den Gefängnissen sind zu nennen das Rastell (erbaut 1395), Vaso di Porto, Vaso di Ceresse, Rocchetta di S. Giorgio und die Gabbia (Käfig: S. 59—62, f. auch S. 151). Galerensträflinge werden an Genua, Venedig, Monaco abgegeben, verließen, von dort erbeten, auch ihre Lieferung im voraus versprochen. Der Unterhalt der Gefangenen ist fortgesetzt sehr kümmerlich: oft sind sie auf die öffentliche Wohlthätigkeit angewiesen, oft müssen sie nach Beendigung der Straftat die unterdessen gemachten Schulden absetzen (dagegen Edikt v. 1545). Auf die Kranken wird indessen öfter Rücksicht genommen und der Gedanke an Gefängnis-Hygiene taucht flüchtig auf.

Im 17. Jahrhundert (Abschn. IV) sind regelmäßige Besuche alle 2 Monate durch Abgesandte des Fürsten eingeführt; Gefängnisarbeit fängt an, auch Strafarbeit ohne Einsperrung (S. 92); für Kranke ist ein staatlich besoldeter Arzt angestellt. Unter den Mitteilungen über die politischen Verbrechen trägt Verf. in einer für den allgemeinen Historiker sehr dankenswerten Weise alles zusammen, was er über die Gefangenschaft des Doktor Marta (eines berühmten Rechtsgelehrten, der 1627 die Partei eines Prätendenten um die Herzogswürde verfocht, dem der Erfolg fehlte) hat aufspüren können. Dem allgemeinen Historiker wird ebenso die Darstellung des Fluchtversuches und Endes von Daniel Saint-Vincent, einem dem allmächtigen Richelieu unbequemen Manne, willkommen sein.

Der V. Abschnitt geht auf das 18. Jahrhundert ein, indem wir seit 1707 Mantua unter österreichischer Herrschaft finden. In den mitgetheilten Edikten ist im wesentlichen der Standpunkt der Gonzagas festgehalten. Höchst bemerkenswert ist aber das Zirkular vom 26. Februar 1785, wodurch in den Lombardischen Landen noch vor Inkrafttreten des Josephinischen St. G. B. im Anschluß an dessen Gedanken Ersetzung der Todesstrafe durch lebenslängliches Gefängnis (ergastolo) in Verbindung mit Brandmarkung des Gesichtes angeordnet wird. Weitere Urkunden geben von der Art der Ausführung Kenntnis. — Was die Haltung der Gefangenen angeht, so sind die Brotlieferungen für sie im Wege der Unterbietung vergeben, aber noch immer muß man die öffentliche Wohlthätigkeit für sie in Anspruch nehmen und noch unter der Cisalpinischen Republik finden wir einen regelmäßigen Bettelgang (Questua) für sie. Die sanitären Zustände sind elend: die Gefangenen haben kaum Kleidung, in den Anstalten herrscht die Krätze, das Wasser ist stinkend und im allgemeinen sind die Gefängnisse, teilweise infolge Überfüllung, solche Pesthöhlen, daß der Gestank sogar das Revisionstribunal in seinen Sitzungen stört (Edikt vom 6. Fiorile des Jahres VI).

Der VI. Abschnitt schildert den heutigen Zustand der alten Gefängnisse. Eine genaue Beschreibung nebst Wiedergabe einiger Inschriften wird von dem Kerker des Caietanus Antonius Gallus geboten, des Buhlen einer Agnese Gonzaga.

Vida, Jerónimo, Prof. des Strafrechts in Salamanca. *La imputabilidad criminal y las causas que la excluyen ó la modifican*. Von der Akademie der Rechtswissenschaft und Gesetzgebung zu Granada preisgekrönter Aufsatz. 2. Aufl. Salamanca 1891. 149 S.

Kern des Buches ist die Auseinandersetzung mit der Frage der Willensfreiheit. Verf. findet den Standpunkt der Indeterministen, ebenso wie den der

Deterministen (in dessen richtiger Auffassung er sich durch Hineinmischen der Erfolgschaftung, S. 39 und 50, entschieden schädigt) und den der Relativisten (Pessina, Canonico, Brusa, Buccellati) erstens unhaltbar (ein recht bedenkliches Trilemma!), zweitens unnötig. Die Verantwortlichkeit ruhe auf dem positiven Moment des Vollbewußtseins und dem negativen der Abwesenheit äußern Zwanges; alsdann erscheine eine Handlung als Ergebnis des Charakters (*hija de la personalidad de su autor, de su carácter*, S. 60) und in diesem Sinne frei. Verf. findet Stützpunkte für seine Meinung in der Litteratur, den Gesetzbüchern (wobei er im deutschen St. G. B. § 51 den letzten Relativsatz als überflüssig oder bloß erläuternd betrachtet) und der Praxis. Als ihm nächstverwandte Autoren betrachtet er Poletti und v. Liszt.

Berücksichtigt ist fast ausschließlich italienische Litteratur, deutsche aus zweiter Hand, bis auf Kräpelin's *La colpa e la pena* (in der *Rivista di filosofia scientifica*, Torino 1886).

Nowak, Dr. R., Redakteur der allgem. österr. Gerichtszeitung. Entscheidungen des k. k. obersten Gerichtshofes in Zivilsachen, VI. Band. Wien 1892, Manz. 517 S.

Band V ist besprochen Z XII 941; f. dort über die Einrichtung der Sammlung. Hinzugekommen sind I. für das Judikatenbuch 3 Entsch., Nr. 121–123; II. für das Spruchrepertorium eine, Nr. 150; III. von amtlich veröffentlichten Entscheidungen 40, Nr. 161–200; IV. für das Spruchrepertorium 96 Entsch., Nr. 328–423, insgesamt 140 Entsch.

Gaudier, G., Prof. des Rechts in Caen. *Les Tendances nouvelles du droit pénal et le 3^e Congrès d'Anthropologie criminelle*. S.-M. aus *Revue critique de Législation et de Jurisprudence*. Paris 1892. Librairie Cotillon. 24 S.

Der Verf. betrachtet die Ergebnisse des Brüsseler Anthropologenkongresses teils vom theoretischen Standpunkte, und zwar insofern er einerseits (I) positiv eine bestimmte wissenschaftliche Methode, nämlich die der Erfahrungswissenschaften überhaupt, gutgeheißt und anderseits (II) negativ einen bestimmten andern wissenschaftlichen Ausgangspunkt, nämlich den zu ausschließlich anthropologischen Lombroso abgelehnt hat; teils (III) von dem Standpunkte praktischer Reformen.

In I weist Verf. auf die Vorläuferschaft hin, die in gewissem Sinne Benedikt zu Lombroso bildet (drei Vorträge zur Psychophysik der Moral und des Rechts, gehalten 1875), und auf die Wirksamkeit der J. R. B. In den Mittelpunkt der Erörterung stellt er von den in Brüssel gefallen Äußerungen die Reden von de Baets, Nyssens, van Hamel (Z XIII 177 ff.). Für II sind *sedes materiae* die Vorträge von Brill, Warnots und Houzé, Manouvrier, Selgersma, Masoin, Dallemagne, Denis, Tarde, Gaudier selbst (Z XIII 174, 168 f., 170 ff., 166, 167, 173, 184, 186, 179 ff.). Verf. leugnet das Vorhandensein einer rein anthropologischen Schule, die jedenfalls, genau gesprochen, in Ferri und Garofalo keine eigentlichen Vertreter mehr habe, vielleicht nicht einmal mehr in Lombroso. Es ist ganz selbstverständlich, daß man unter solchen Bedingungen von einer *terza scuola* nicht eigentlich reden kann, und daß Verf. ganz Recht hat, wenn er sie als eine Gruppe im Schoße der positiven Schule (nämlich in dem geläuterten Sinne) bezeichnet (S. 19).

Aber die dritte Schule — und darum nennt sie sich so — stellt sich eben in Gegensatz zu jener rein anthropologischen Schule, deren Existenz Verf. einigermaßen willkürlich leugnet; denn jene rein anthropologische Schule (die *scuola positiva* in diesem Sinne) macht gerade der *terza scuola* im Daseinskampfe hart genug zu schaffen. Lucchini begrüßt ihr Auftauchen und begrüßt ihre Vertreter als „*vrais positivistes*“, und etwas andres haben Carnevale, Alimena, Vaccaro nie sein wollen; ihre Lehre sucht eben die *differentia specifica* in dem Kritizismus.

Die praktischen Reformen (III) gehen teils die psychische Untersuchung Beschuldigter an (Magnan, Ladame, Garnier — Z XIII 199, 200, 202), teils die *prisons-asiles*, die Spezialanstalten für verbrecherische Irre und irre Verbrecher (de Boed und Otlet — Z XIII 203), teils die Unverbesserlichen (van Hamel, Thiry, Maus — Z XIII 193, 195, 196).

Siepmann, Friedrich, Referendar. Besitzerverb des Kindes. Juristische Doktor-Dissertation. Göttingen 1892. 34 S.

Will nur eine Darstellung der hauptsächlichsten Lehrmeinungen über l. 3. Cod. 7, 32 sein. Verf. unterscheidet 1. die Meinung, die stets Mitwirkung des Vormundes fordert: Joannes, Alciatus, Giphanius, Cujacius, Donellus, Savigny, Bangerow, Kierulff, Gesterding u. a.; 2. die Meinung, die Besitzerverb des Kindes anerkennt, teils unbeschränkt, teils nur an gewissen Sachen, teils nur bei Schenkung: Azo und seine „*veteres*“, Cuperus, Duarenus, Buchta, Kuhne, Lenz, Meißcheider, Denzinger, v. Thering, Bekker, Klein; 3. die Meinung, die aus dem „*interim*“ rückwirkende Kraft der Genehmigung des Vormundes folgert: Veyma, Retez, Rudorff, Esmarck, Kindel, Kniep. „Für eine der Meinungen Partei zu ergreifen und demgemäß in eine Polemik einzutreten, soll nicht unsere Aufgabe sein.“ Verf. hebt daher nur noch eine Reihe von Fällen hervor, auf die er „erst durch seine Herren Examinatoren aufmerksam gemacht“ ist. Einige davon sind auch für den Kriminalisten von Interesse. Kann ein Kind einen Schatz finden, Fundlohn verdienen, Herrenloses occupieren? Kann ein Kind stehlen, bestohlen werden, im Besitze unbeweglicher Sachen gestört werden? Verf. schließt mit der Erörterung des Entw. B. G. B., des Bährschen Gegenentwurfs und — unter Weglassung des Manuskript gebliebenen rechtsvergleichenden Teiles — des Pr. A. L. R.

Precone, Fortunato. Dei Reati contro il buon costume. Milano 1892, Vallardi. 208 S.

Die vom Verf. behandelten Sittlichkeitsdelikte sind: Verletzung des öffentlichen Schamgefühls (*oltraggio al pudore pubblico*), Verbreitung unzüchtiger Schriften (*diffusione di scritti osceni*), Rupperei (*lenocinio*), Mißbrauch Minderjähriger (*corruzione di minori*). Vom deutschen St. G. B. fallen unter den Begriff der „Verbrechen wider die gute Sitte“ nach dem Verf. §§ 174, 175, 176^a (und 178), 180—184.

Das Werk ist eingeleitet durch eine musterhafte Bibliographie, wie es überhaupt durch gründlichste Ausnutzung der ausländischen und vor allem der deutschen Litteratur sich auszeichnet. Die allgemeinen begrifflichen Erörterungen (Abschnitt I §§ 1—18) sind etwas breit, verworren und selbst schwülftig geraten, trotz der Heranziehung der Milkschen Bemerkungen über das Begriffsmerkmal Zeitschrift f. d. ges. Strafrechtsw. XIV.

der Öffentlichkeit und der Sergischen Theorie von der Entstehung des Schamgefühls; — denn ohne eine weitläufige Theorie über Wesen und Grund der Moral und des Staates thut es Verf. als echter moderner Italiener natürlich nicht. Abschnitt II (§§ 19—44), historische Notizen, enthält namentlich im Kap. über das Mittelalter sonst weniger benutztes italienisches Statutarrecht. Abschnitt III zeigt die Stellung der heutigen Wissenschaft, Abschnitt IV der außeritalischen, Abschn. V der italienischen Gesetzgebung und zwar im Entwicklungsgang, im heutigen Bestande, und soweit die gerichtliche Medizin hineinspielt. Recht dankenswert ist schließlich die rechtsvergleichende Zusammenstellung der wichtigsten Gesetzesquellen: Frankreich (auch Preßgef. v. 29. Juli 1831, Art. 28, 45), Österreich, Dänemark, Deutschland, Zürich, Schweden, Holland, Ungarn, Genf, England (Criminal Law Amendment Act v. 14. Aug. 1885 und Indecent Advertisements Act v. 26. Juli 1886), Portugal, Argentina, Spanien, Uruguay, New-York, Malta, San Marino, Tessin. Für Italien: Königreich beider Sizilien (1819), Toscana (1853), Sardinien (1859), geltendes St. G. B. (1889) nebst Gef. über die öffentliche Sicherheit v. 30. Juni 1889, Art. 64, 113—116 und Regl. über das Lohndirnentum v. 27. Okt. 1891 (Art. 1—4, 25, 34).

Ochoa, Francisco, Dr., Rechtsanwalt in Venezuela. Estudios Jurídicos. Festgabe zur 4. Jahrhundertfeier der Entdeckung Amerikas. Maracaibo 1892, Alvarado y Ca. 230 S.

Die revolutionären Stürme im Innern seines Vaterlandes haben dem um das venezolanische Strafrecht hochverdienten Verf. wenig Muße gelassen, um zu dem Säcularfeste etwas mehr als eine Sammlung älterer Aufsätze zu bieten. Von diesen sind für das Strafrecht von Wichtigkeit 2 Artikel aus der Zeitschrift *El Mentor* über das Geschworenengericht, dessen Einführung in den Vereinigten Staaten von Venezuela (denen bis auf den Teilstaat Táchira die Jury amnoch unbekannt ist) Verf. warm befürwortet mit Rücksicht auf die guten Resultate in der Nachbarrepublik Colombia. Ein anderer Aufsatz wendet sich gegen das Übermaß von Preßfreiheit, das die venezolanische Verfassung durch das Verbot einer Bestrafung der Preßdelikte sanktioniert hat. In einem neuern Artikel entwirft Verf. ein erschreckendes Bild von der Untauglichkeit des venezolanischen Freiheitsstrafensystems und der Gefängnisorganisation. Selbst in den Hauptstädten der Teilstaaten entspringen die Verbrecher und die Strafen bleiben unvollstreckt. Geschrieben sind die Aufsätze über Auslieferung und der lesenswerte über d anthropologische Schule. Verf. wird der J. R. B., die er allerdings als „Unión internacional de Prusia“ bezeichnet und auch der *terza scuola*, bei der namentlich die Wendung gegen den Fatalismus der Anthropologen freudig begrüßt, vollauf gerecht. — Die übrigen Estudios sind privat- und staatsrechtlicher Natur.

Gautier, Alfred. Pour et contre les peines indéterminées. S. 2 aus der Zeitschrift für Schweizer Strafrecht, Bd. VI (1893). 52 S.

Auf diese vortreffliche Erörterung der unbestimmten Verurteilung sei hingewiesen, da sie bei einer demnächst gewiß nötigen Revision dieser Frage in Schoße der J. R. B. die Grundlage wird bilden müssen.

Ges. B., Dr., Vorsitzender des Strafgesetzgebungs-Ausschusses. Udkast til Lov til Modarbeidelse af offentlig Usædelighed og venerisk Smitte, med Motiver. (Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit und der ansteckenden Geschlechtskrankheiten, mit Begründung.) Kristiania 1892. Det Steenske Bogtrykkeri. 4^o. 108 S.

Die Gedankenrichtung des Entwurfs möge folgende Inhaltsangabe zeigen. Kap. I. Behandlung der Geschlechtskrankheiten. § 1: Auf Verlangen soll jeder (Frauen möglichst durch Frauen) körperlich auf Geschlechtskrankheiten hin untersucht werden und zwar auf öffentliche Kosten. § 2: Der bestimmter Verbrechen (auch gegen §§ 9–12 dieses Ges.) Beschuldigte ist körperlich zu untersuchen, worauf im Weigerungsfalle vom Gericht erkannt wird. § 3: Wer Unzucht gewerbsmäßig treibt oder früher geschlechtskrank war, kann der körperlichen Untersuchung unterzogen werden, nötigenfalls periodischer; letzteres auch im Fall des § 2. Weigerung führt außer gerichtlicher Beurteilung zur Untersuchung auch Geldstrafe oder Gefängnis herbei. § 4: Kinder unter 2 Jahren, die bei Fremden in Pflege gegeben werden, sind körperlich zu untersuchen. § 5: Alle syphilitisch Erkrankten können in Krankenhäuser gebracht werden; Prostituierte sollen in Sonderabteilungen kommen. § 6: Die nach § 1 untersuchten Kranken können nicht wider ihren Willen, die nach §§ 2, 3 sollen in der Regel in Krankenhäuser gebracht werden. § 7: Auch die Kur der nach § 1 untersuchten Kranken geschieht im Krankenhaus auf Staatskosten und kann so auch außerhalb des Krankenhauses geschehen. § 8: Der handelnde Arzt muß den Kranken auf die ansteckende Natur der Krankheit und die rechtlichen Folgen einer Ansteckung aufmerksam machen.

Kap. II. Strafbestimmungen, Unterbringung Minderjähriger. § 9: Wer, obwohl er weiß oder vermutet, daß er mit Syphilis behaftet ist, einen andern durch Unzucht der Ansteckungsgefahr aussetzt, wird mit Gefängnis bestraft. Im Wiederholungsfall oder wenn Ansteckung erfolgt ist und für den mitwirkenden Dritten tritt Gefängnis oder Strafarbeit 5. Grades (d. h. von $\frac{1}{2}$ bis 3 J) ein. Für den Dritten steht die Strafarbeit in erster Linie. § 10: Überträgt der wissentlich Geschlechtskranke durch unzüchtigen Umgang seine Krankheit auf einen Unwissenden, so wird er mit Gefängnis bestraft (Antragsdelikt). § 11: Herbeiführung einer Ansteckungsgefahr für die Amme, wenn man weiß oder vermutet, daß der Säugling syphilitisch ist, wird mit Gefängnis oder Geldstrafe, bei erfolgter Ansteckung Gefängnis oder Strafarbeit 5. Grades bestraft. Wird umgekehrt das Kind von der syphilitischen Amme der Ansteckung ausgesetzt, so ist die Strafe Gefängnis oder Strafarbeit 5. Grades. § 12: Wer an öffentlichem Ort unzweideutig zur Unzucht auffordert, wer Erwerbsunzucht mit Personen unter 18 Jahren treibt, wird mit Gefängnis oder Geldstrafe bestraft, für die in mildern Fällen eine Vermahnung (advarsel) eintreten kann. § 13: Prostituierte, die nach §§ 9, 10, 12 rückfällig werden, können, statt ins Gefängnis ins Korrektionshaus (auf 3 Monate bis 3 Jahre) verbracht werden. Minderjährige (§ 14) können statt der Strafe der Zwangserziehung unterliegen. § 14: Das Gesetz vom . . . 1892 über sittlich verkommene und verwahrloste Kinder findet auch auf Frauenzimmer zwischen 16 und 18 Jahren Anwendung, die Erwerbsunzucht treiben oder befürchten lassen, und selbst auf solche zwischen 18 und 21 Jahren, wenn man sie dadurch vor sittlichem

Untergang zu retten hofft. § 15: betrifft die Einrichtung besonderer Anstalten, in denen diese Frauenzimmer bis zu 3 Jahren untergebracht werden können.

Rap. III. Verschiedene Bestimmungen. § 16: Ausländische Prostituierte können ausgewiesen und auch in ihr Heimatland zurückgeschafft werden, letzteres ist obligatorisch bei den nach ihrem Heimatsgesetz noch Minderjährigen. § 17: Frauen unter 21 Jahren oder nach §§ 9, 10, 12 vorbestrafte können nur mit polizeilicher Erlaubniß in Gast- und Schankwirtschaften bedienstet sein. § 18: Verfahren bei den mit Geldstrafe oder Gefängnis bedrohten Straftthaten ist das für Polizeisachen.

Zwei Beilagen enthalten die Borentwürfe zu den Kapiteln des St. G. B. über Verbrechen (Forbrydelser) und über Übertretungen (Forseelser) gegen die Sittlichkeit, nebst Motiven. Da nunmehr der ganze Gesetzliche St.-G.-Entwurf vorliegt und durch Übersetzung in den Mitteilungen der J. R. B. demnächst den Lesern dieser Zeitschrift bekannt gegeben werden wird, so ist näheres Eingehen hier nicht erforderlich.

Vámbery, Rusztem, Dr. Liszt Ferencz seminariuma. (Das Seminar von Franz Liszt.) Im Jogtudományi Közlöny (Juristische Wochenschrift). Budapest 1893, junius 16.

Ich erwähne diesen kleinen Aufsatz nur, weil darin meines Wissens zum ersten Male die Lehrinrichtungen des kriminalistischen Seminars zu Halle und die in demselben geübte pädagogische Methode einer Besprechung unterzogen sind.

Hagerup, Francis. Forelæsninger over den norske straffeprocess (Vorlesungen über den norwegischen Strafproceß). Kristiania 1892, Aschehoug. XXXI, 825 S.

Der Verfasser, bisher Professor an der Universität Kristiania, jetzt bekanntlich norwegischer Justizminister, liefert in dem vorliegenden Werke ein gewaltiges systematisches Lehrgebäude. Im Gegensatz zu dem oben besprochenen, ebenfalls recht umfangreichen Rintelenschen Werk, dessen Bedeutung auf den engen Kreis preussischer Richter beschränkt bleibt, führt die Tragweite des Hagerupschen Buches weit über die Grenzen seines Heimatlandes hinaus und läßt es in den Händen aller derer, die mit dem Strafproceß sich wissenschaftlich befassen, unentbehrlich erscheinen. Das ist eben die Wirkung der Wissenschaftlichkeit, d. h. des In-die-Tiefe-Dringens nach den breiten Grundlagen, die das gesamte Lehrgebäude tragen, und des Stützens und Zurückführens jedes einzelnen Satzes auf jene großen Prinzipien, wie im Strafproceß die der Öffentlichkeitslichkeit, des Parteiengegensatzes, der Mündlichkeit, Beweisunmittelbarkeit, Öffentlichkeit, Laienmitwirkung, die man zuvor nach ihrem begrifflichen Inhalt und den ihrem Umfang praktisch oder positiv-rechtlich gesetzten Schranken entwickelt hat. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß die Entwicklung solcher für die meisten europäischen Strafproceßrechte geltender Fundamentalsätze rechtsvergleichend vorgehen muß und daß demgemäß auch der Verfasser fortgesetzt und in einer die Gegensätze scharf pointierenden Weise auf die Gestaltung der gleichen Prinzipien in verwandten Rechten, insbesondere im französischen, deutschen, österreichischen, englischen, Rücksicht nimmt und die einschlägige Litteratur sorgfältig verwertet. Den Genuß der Lektüre erhöht die außerordentlich einfache, klare und präzise Sprache, die den Ausländer kaum die Fremd-

heit des Idioms merken ließe, wenn nicht ab und zu so ein verwünschter terminus technicus dazwischen käme, der uns die Mangelhaftigkeit selbst unserer besten Wörterbücher empfinden machte. Es wäre wirklich sehr dankenswert, wenn einmal ein juristisches Polyglotton der europäischen Sprachen zusammengestellt würde.

Da eine auch nur halbwegs eingehende Würdigung des Monumentalwerkes selbstverständlich über die mir hier gesteckten Grenzen hinausführen würde, so gebe ich den Gang der Darstellung flüchtig an unter Hervorhebung derjenigen Fragen, bei denen die Hagerupsche Darstellung mir einen besondern Wert zu beanspruchen scheint. Dahin gehört im I. Hauptteil: Allgemeine Grundsätze, Geschichte, Quellen — dessen Inhalt in dieser Überschrift und oben in der Aufzählung der Prinzipien angedeutet ist — vor allem § 1: die Scheidung der Begriffe Zivil- und Strafprozeß und die Entwicklung ihrer gegensätzlichen Merkmale, sowie § 2: die Auseinanderhaltung des Gegensatzes zwischen Untersuchungs- und Anklageprinzip einerseits, zwischen privatrechtlichem und öffentlichrechtlichem Prinzip anderseits. In dem eine Gesamt-Darstellung in nuce gebenden dritten Kapitel zeichnet sich durch besondere Klarheit die Darlegung des Verhältnisses zwischen Mündlichkeit und Unmittelbarkeit (§ 9, I) aus. Kriminalpolitisch sehr beachtenswert ist § 10, Teilnahme des Laienelementes. In Norwegen ist diese auf alle Strafsachen ausgedehnt, die also nach unsrer Terminologie entweder Schöffengerichte (Meddomsretter) oder Schwurgerichte (Lagmandsretter) sind. Nur nimmt der Verhörsrichter eine den Befugnissen unsres Amtsrichters nach §§ 211, 447 St. B. O. entsprechende Stellung ein.

Der II. Hauptteil behandelt die am Strafprozeß teilnehmenden Personen: Gerichte (Gerichtsorganisation, Kompetenz, Gerichtsstand, Rechtshilfe; gelehrte und Laienrichter, Auswahl der Letzteren, Ablehnungs- und Inhabilitätsgründe, endlich in hervorragend lichtvoller Weise die Lehre von der Beratung und Abstimmung § 37, S. 170—176), deren Nebenpersonen (Gerichtsschreiber, Protokollführer, Boten, Dolmetscher, Stenographen und das eigentümliche Institut der Retsvidner, Gerichtzeugen § 46) — Vertreter der Anklage — Beschuldigter und Verteidigung. Von besonderer Wichtigkeit ist der III. Hauptteil: Gegenstand des Strafprozesses. § 52: Begriff der strafrechtlichen exceptiones (indsigelser), womit die Lehre von den Prozeßvoraussetzungen zusammenhängt (S. 259, ex professo später S. 542 f.). §§ 53, 54: Begriff und Wirkungen der res in iudicium deducta und der res judicata. §§ 55—57: Zusammenhang mehrerer Strafrechtsverhältnisse und zwischen Strafrechtsverhältnissen und sonstigen Rechtsverhältnissen. Der IV. Hauptteil handelt vom Beweis (man sehe besonders § 58, III, IV: die freie Beweiswürdigung und ihre Grenzen; § 61: die Beweisunmittelbarkeit im allgemeinen und bei den einzelnen Beweismitteln, für die Schuldfrage und außerhalb derselben; § 66, I, S. 360—365: Unterschied von Zeugen und Sachverständigen), — der V. von dem strafprozeßlichen Zwangsmitteln.

Den Kern des Werkes bildet der 300 S. umfassende VI. Hauptteil über den Gang des Verfahrens, wobei auf die Darstellung des Hauptverfahrens vor den Schwurgerichten das Schwergewicht gelegt ist. Da die Verhandlung über die Schuldfrage von der über die Straffrage getrennt wird — fakultativ bei den Meddomsretter, obligatorisch bei den Lagmandsretter —, so ist die saubere Schei-

ding der Schuld- und Straffrage, die mit der Scheidung zwischen *question de fait* und *de droit* nicht verwechselt werden darf, unumgängliche Voraussetzung. Dieser Untersuchung sind S. 576—595 gewidmet (Stellung der Strafbarkeitsbedingungen S. 580). Demnächst wichtig ist die Lehre von der Fragestellung (S. 597—624), wobei zu dem S. 612, Anm. 5 erbrachten Beispiel aus der Kristianiaer Praxis wohl zu bemerken sein dürfte, daß die Zusatzfrage auch aus dem Grunde falsch ist, weil sie disjunktiv ist und sich nicht mit ja oder nein beantworten läßt. Zu dem Wahrspruch der Geschwornen nimmt das norwegische Gericht eine beträchtlich freiere Stellung ein, als das unsre (§§ 132—134). Der VI. Hauptteil umfaßt ferner noch die Lehre von den 4 Rechtsmitteln (*anke* = Revision; *fornyet behandling ved høiere ret* = Berufung; *kjæremaal* = Beschwerde; *gjenoptagelse* = Wiederaufnahme), von der Strafvollstreckung und der (bedeutend weiter als in unserm Recht gehenden) privaten Strafverfolgung. Der VII. Hauptteil betrifft die Entscheidung über accessorisches Fragen (*Adhäsionsprozeß*), deren Schluß die Entschädigung für unschuldig erlittene Strafe und Untersuchungshaft bildet.

Von Erraten mache ich nur auf S. 67, Z. 4 und 5 von unten, aufmerksam, wo offenbar *sidste* und *første* verwechselt sind und auf S. 753 beziehungsweise XXIV, wo beidemal der beginnende Abschnitt als *sjette* statt als *tredje* bezeichnet ist.